

Projektförmige Polis und akademische Prekarität im universitären Feudalsystem*

Silke van Dyk, Tilman Reitz

Die Aussichten des akademischen Mittelbaus in Deutschland, seine Beschäftigungslage zu verbessern, scheinen auf den ersten Blick so gut zu sein wie lange nicht mehr. Die Staatskassen sind vergleichsweise voll, an vielen Universitäten haben sich Mittelbau-Initiativen gebildet, die prekäre Beschäftigung des akademischen Nachwuchses ist zum Hauptthema der GEW avanciert, die Presse berichtet vermehrt über das Problem, Hochschulleitungen, Expertenkommissionen und Fachverbände wie die Deutsche Gesellschaft für Soziologie arbeiten an Lösungsvorschlägen. Doch trotz der lauter werdenden Kritik und der Einigkeit darüber, dass es für den mit einiger Penetranz so bezeichneten »Nachwuchs« nicht optimal läuft, sind bislang bestenfalls kosmetische Lösungen und kleine Verbesserungen zu beobachten – die im konkreten Einzelfall natürlich wirklich helfen können. Wir wollen im Folgenden zeigen, dass die Rahmenbedingungen akademischer Lehre und Forschung in Deutschland trotz solcher punktuellen Verbesserungen eine fortgesetzte Ausbeutung des Mittelbaus wahrscheinlich machen. Systematisch wollen wir die Beharrungskraft der Ausbeutung an den Hochschulen mithilfe zweier Muster aus soziologischen Zeitdiagnosen analysieren: der projektbasierten Polis als »neue[m] Geist des Kapitalismus« (Boltanski, Chiapello 2006) und der »Refeudalisierung« im flexiblen Finanzmarktkapitalismus (vgl. Neckel 2010; 2013). Interessanterweise produziert die Soziologie eine Vielzahl solcher kritischen Diagnosen, ohne diese selbstreflexiv auf die (Arbeits-) Bedingungen der eigenen Wissensproduktion zu beziehen.

* *Anm. der Redaktion:* Leicht überarbeitete Version des Beitrags zum DGS-Blog vom Mai und Juni 2016 (<http://soziologie.de/blog/2016/>).

Ansätze, die eine Entprekariisierung des Mittelbaus anstreben, ohne die wettbewerbsbasierte (Unter-)Finanzierung von Forschung und Lehre einerseits und die feudale Privilegierung von Professor_innen andererseits zum Thema zu machen, werden – so unsere These – keine strukturellen Verbesserungen erreichen. Das einzigartige Konglomerat aus – als Ökonomisierung verkleideten – Einsparungsimperativen, Drittmittelwettbewerb und ständischer Privilegierung bringt ein Ausbeutungssystem ganz eigener Qualität hervor. Ein Vorgehen gegen diese akademische Ausbeutung erfordert Schritte, die nicht allein an den unteren Rändern ansetzen, sondern die das System akademischer Feudalität mitsamt seiner strukturellen Indienstnahme des prekariisierten Mittelbaus grundsätzlich durchkreuzen. Dazu gehört allerdings auch, wie wir ergänzend zeigen wollen, eine Handlungsbereitschaft, die nicht alles auf die Strukturen schiebt, während gerade die Nutznießer des Systems weitermachen wie bisher.

Um gegen die akademische Ausbeutung vorzugehen, sind Reformen und Strukturveränderungen unterschiedlicher Reichweite erforderlich – mit einer systematisch ausgebauten Grundfinanzierung der Hochschulen, der Abschaffung des Lehrstuhlprinzips und der Professor_innenmehrheit in der akademischen Selbstverwaltung sowie dem Ausbau von Dauerstellen als zentralen Ansatzpunkten (vgl. zum Beispiel das Templiner Manifest der GEW; Reitz, Ullrich 2016). Einige dieser Änderungen werden Zeit brauchen, doch andere lassen sich unmittelbar angehen. Wir wollen uns zum Abschluss dieses Debattenbeitrags auf eine kurzfristige »Fünf-Jahres-Perspektive« konzentrieren, die erste Schritte zu weitergehenden, strukturellen Reformen benennt. Warum der Fokus auf die kurze Frist? Weil es darum geht, endlich loszulegen und aus der frappierenden Gleichzeitigkeit von zunehmender (mehr oder weniger öffentlicher) Kritikproduktion einerseits und weitgehender institutioneller Beharrung bzw. alltäglicher Reproduktion des Kritisierten andererseits auszurechnen. Ausnahmsweise könnte der akademische Feudalismus hier auch von Vorteil sein, zeichnet sich das universitäre System doch dadurch aus, dass diejenigen, die gegenwärtig die ständischen Dividenden einfahren, sofort – ohne eine Gesetzesänderung, ohne ein OK der Universitätsleitung und vor allem: ohne Beschäftigungsrisiko (!) – mit der konkreten Arbeit an der demokratischen oder sogar rebellischen Hochschule beginnen können. Nach unseren Ausführungen zur Erzeugung und Verfestigung akademischer Prekarität im spannungsvollen Zusammenspiel von projektförmiger Polis und professoralem Feudalismus werden wir dazu abschließend erste Ideen skizzieren.

Die Rolle des akademischen Mittelbaus im deutschen Hochschulsystem

Das deutsche Hochschulsystem ist in gewisser Hinsicht extrem effizient, denn es leistet viel mit wenig Geld. Wenige Zahlen (zusammengestellt bei Schulze-Cleven, Olson 2017) illustrieren dies eindrücklich:

- Deutschland hatte 2011 gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ca. 40 Prozent der Hochschulausgaben der USA, erreichte damit aber etwa 80 Prozent der dortigen Abschlussraten pro Jahrgang. Hauptgrund der Ausgabendifferenz sind die in den USA etablierten Studiengebühren und Spenden: Deutschland investierte 1,3 Prozent seines BIP in Hochschulen, davon 1,1 Prozent öffentlich; die USA investieren 2,8 Prozent ihres BIP, davon 1,8 Prozent privat (Wissenschaftsrat 2013a; OECD 2013: 184, 190).
- Im internationalen Vergleich liegt der Publikationsoutput der deutschen Forschung für den Zeitraum 2004 bis 2008 auf Rang 5, der Zitationserfolg sogar auf Rang 3 (vgl. Royal Society 2011: 17ff.); allerdings spielen dabei die reinen Forschungsinstitute eine herausragende Rolle, da an den Hochschulen die Lehrbelastung zu hoch ist. Dies erklärt auch, warum die Hochschulen vergleichsweise geringe Erfolge in internationalen Rankings aufzuweisen haben.
- Das Verhältnis »Studierende pro Professur« lag 2013 in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bei 1:100, in den Sprach- und Kulturwissenschaften bei 1:80, in den Naturwissenschaften und der Mathematik bei 1:57 mit insgesamt steigender Tendenz (vgl. IEKE 2013: 15). Die staatlichen Ausgaben pro Studienplatz sind von 2003 bis 2013 von 6.747 Euro auf 6.270 Euro gesunken, wobei beide Zahlen im internationalen Vergleich sehr bescheiden sind.

Wer erbringt die preiswerten Zusatzleistungen, ohne die dieses systematisch unterfinanzierte System nicht funktionsfähig wäre? Die Antwort ist klar und kann noch einmal mit Zahlen belegt werden: Im Vergleich zu Frankreich, England und den USA hat Deutschland einen Rekordanteil befristeter wissenschaftlicher Mitarbeiter_innen. Die Quote an Professuren liegt deutlich unter der Quote der drei anderen Länder – 13 bis 15 Prozent in Deutschland im Vergleich zu 35 Prozent in den USA, 24 Prozent in Frankreich und 18 Prozent in England –, während zugleich größere Kontingente unbefristeter Stellen wie *Associate Professors*, *Lecturers*, *Researchers*

oder *Maitres des Conferences* fehlen (vgl. BuWiN 2013: 82). Stattdessen spielen die Forschung und Lehre von Arbeitsbereichs- und Projektmitarbeitenden, unter- und unbezahlte Lehraufträge an deutschen Hochschulen eine tragende Rolle. Selbst wenn man berücksichtigt, dass in den USA die prekarierte *Adjunct Faculty* erst gar nicht in Aufstellungen zur akademischen Beschäftigungsstruktur eingeht (vgl. für Zahlen zu dieser Gruppe Bérubé, Ruth 2015: 14ff.), zeigt der Vergleich, dass die befristet Beschäftigten an deutschen Hochschulen überdurchschnittlich in Anspruch genommen werden. Ihre un(ter)bezahlten Leistungen werden hier systematisch eingerechnet. Weshalb lässt sich der wissenschaftliche Mittelbau in Deutschland auf diese Situation ein? Hierzu wollen wir zwei Vermutungen vorstellen:

Vermutung a: Weil in einem System mit feudalen, ständischen und staatsabsolutistischen Anteilen immer mehr Anwärter_innen auf die privilegierte Position der Professur aus sind – dazu später mehr.

Vermutung b: Weil eine der neueren Herrschaftstechnologien des Kapitalismus – die projektförmige Polis – an den Hochschulen besonders gut greift. Diesen Punkt führen wir zuerst aus. Generell wird zu sehen sein, dass sich die hochschulspezifische Verschränkung von projektbasierter Polis und Neo-Feudalismus keineswegs auf die Motivlagen des wissenschaftlichen Mittelbaus beschränkt.

Die projektbasierte Polis an deutschen Hochschulen

Luc Boltanski und Ève Chiapello haben in ihrer Studie »Der neue Geist des Kapitalismus« bekanntlich herausgearbeitet, dass und inwiefern der neuere Kapitalismus auf »Projekten« basiert (vgl. Boltanski, Chiapello 2006: 147ff.). Konkret geht es in der von ihnen identifizierten »projektbasierten Polis« a) um eine zeitlich begrenzte Verdichtung von Netzwerken, b) um die Konkurrenz von Projektteams auf Märkten und Quasimärkten, die zunehmend die Bürokratien und Hierarchien älterer Industrieunternehmen ersetzt und dabei c) Motivation zu Erwerbsarbeit und eine Legitimation der Gewinnverteilung herstellt. Auf diese Weise wurden, so die Hauptthese von Boltanski und Chiapello, gerade die Handlungsenergien und normativen Prinzipien der in den sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre wurzelnden »künstlerischen« Kapitalismuskritik für ein neues kapitalistisches Arbeitsethos eingespannt. Inwiefern diese Analyse wirklich die

Produktionsweise im flexiblen Kapitalismus in ihrer Breite und Heterogenität erfasst, ist zwar umstritten (vgl. Henning 2010; van Dyk 2010), doch in einem gesellschaftlichen Bereich kann man ganz sicher die Einrichtung einer »projektförmigen Polis« beobachten: im akademischen Betrieb. Hier ist es üblich geworden, dass Wissenschaftler_innen immer neue Forschungsprojekte in den Wettbewerb »werfen«, um ihre Stellung zu sichern und auszubauen. Der systematische Charakter des Wandels ist bereits quantitativ augenfällig. Das Verhältnis der staatlichen Grundfinanzierung zu den Ausgaben der Hochschulen ist von 2003 bis 2013 von 75 auf 66 Prozent gefallen (IEKE 2016: 12), der Anteil von Drittmitteln an der Hochschulfinanzierung dagegen zwischen 2000 und 2010 von 10 auf 15 Prozent gestiegen (Wissenschaftsrat 2013b: 115). Allein zwischen 2009 und 2014 haben die Drittmittel in den Hochschuleinnahmen von insgesamt 5,3 Mrd. Euro auf 7,1 Mrd. Euro zugenommen (vgl. Statistisches Bundesamt 2013; 2015).

Die Effekte entsprechen den Thesen Boltanskis und Chiappellos. Netzwerke gewinnen an Bedeutung. Neben früheren Erfolgen und einer gewissen Konformität mit Blick auf Förderbedingungen und -ziele werden die Förderaussichten dadurch bestimmt, welche wissenschaftlichen, politischen und ökonomischen Beziehungen die Antragsteller_innen aktivieren können. Zudem erfüllt die projektbasierte akademische Polis beide Funktionen, die Boltanski und Chiapello einer Rechtfertigungsordnung zuschreiben: die der Legitimierung (durch Peer-Urteile) sowie die der Motivation (durch das immer wieder neu eröffnete Spiel um möglichen Statusaufstieg). Projektförmige Forschung motiviert die Forschenden mit mehr oder weniger existenziellem Druck, sich über die Aufgabenerfüllung hinaus zu engagieren und ständig weitere Felder zu erschließen; sie schafft und rechtfertigt Hierarchien, die auf anerkannter Kompetenz beruhen, weil sich individueller Erfolg der geregelten Bewertung durch Kolleg_innen verdankt und die Ungleichheit zwischen Institutionen durch neutrale Leistungsindikatoren objektiviert und verstärkt wird; sie vermittelt auch nach außen, dass die Vergabe von Forschungsmitteln nach Regeln wissenschaftlicher Selbstkontrolle abläuft, und kann sogar Kriterien erwarteten sozialen Nutzens integrieren, etwa in Förderlinien zu ökonomischer Standortverbesserung, ökologischer Nachhaltigkeit oder sozialem Zusammenhalt.

An diese Forschung wird nun vermehrt auch die Lehre der im akademischen Mittelbau Beschäftigten geknüpft. Projektmitarbeitende geben freiwillig bzw. für den Lebenslauf Seminare und betreuen Abschlussarbeiten,

die Arbeitsbereiche und Institute kalkulieren ihre Mitarbeit ein und wären ohne sie in vielen Fällen nicht mehr funktionsfähig. Die Inhaber_innen der verbleibenden »regulären«, das heißt über die Grundfinanzierung der Hochschulen abgesicherten Mittelbaustellen spüren den Konkurrenzdruck, sie müssen sich gegenüber den Projektbeschäftigten als ebenfalls aktiv rechtfertigen und sind unter dem neuen Wissenschafts-Zeitvertragsgesetz sogar gleichfalls an zeitlich fixierte Qualifizierungsziele oder andere Leistungsvorgaben gebunden.

Nur eine Annahme von Boltanski und Chiapello lässt sich nicht ohne Weiteres auf die Hochschulen übertragen: ihre These, dass die projektförmerige Polis eine Ausbeutung der Unbeweglichen durch die Mobilen bedingt. Im akademischen Kapitalismus zählen zwar ebenfalls Auslandsaufenthalte und vielfältige Verbindungen, doch die notwendige unbezahlte Zusatzarbeit wird mehrheitlich von den prekär-mobilen Projektmitarbeitenden erbracht. Die tendenziell nur noch »aufstiegsmobilen« Professor_innen können dabei entscheiden, zu welchen Anteilen sie sich an der Ausbeutung der Projektmitarbeiter_innen beteiligen oder sich mitausbeuten lassen. Damit ist eine weitere Besonderheit der akademischen, projektbasierten Polis benannt: Sie ist in einem ständisch geprägten, durch feudale Strukturen der Abhängigkeit geprägten System situiert, dessen Hauptfiguren, die Professor_innen, in vielerlei Hinsicht aus der Zeit gefallen zu sein scheinen.

Wettbewerbsregimes und akademischer Neofeudalismus

Inwiefern sind angesichts dieser gegenwärtig gebliebenen Vergangenheit soziologische Diagnosen der Refeudalisierung von Ökonomie und Klassenstruktur im Finanzmarktkapitalismus hilfreich, um Strukturen und Wandlungsprozesse im Wissenschaftsbetrieb zu analysieren? Einerseits scheinen sich Analogien aus zwei Gründen zu verbieten: Das akademische Feld funktioniert erstens aller Ökonomisierung zum Trotz nach anderen Maßgaben als die Sphäre des Finanzmarktkapitalismus; zweitens ist mehr als fraglich, ob mit Blick auf Statuspositionen, persönliche Abhängigkeiten und ständische Mitbestimmungsregeln überhaupt je von einer Ent-Feudalisierung des Wissenschaftsbetriebs die Rede sein konnte. Andererseits ist gerade angesichts der Gleichzeitigkeit von fortgesetzten Feudalstrukturen

und zunehmendem Wettbewerb die Analyse des Hochschulsystems als Neo-Feudalismus reizvoll.

Sighard Neckel (2010; 2013) behauptet mit Blick auf die Rechtfertigungsordnungen des Finanzmarktkapitalismus eine Refeudalisierung der Werte: vom Wert der Leistung zum Wert des Erfolges (vgl. auch Neckel 2008). Auf den ersten Blick scheint diese Akzentverschiebung für den Hochschulbetrieb kontraintuitiv, sind doch im Zuge von Leistungs- und Zielvereinbarungen die konkreten Leistungserwartungen an einmal berufene Professor_innen in der jüngeren Vergangenheit (gerade im Vergleich zu früheren Jahrzehnten) deutlich verschärft und in Kennziffern gepresst worden. Auf den zweiten Blick macht die Akzentverschiebung jedoch einen wichtigen Mechanismus sichtbar: Gerade die Persistenz feudaler Strukturen an Hochschulen und Universitäten, basierend auf Statusunterschieden, ständisch differenzierten Mitbestimmungsmöglichkeiten und persönlichen Abhängigkeiten (befristeter Mitarbeitender von Professor_innen), schafft in Zeiten verschärften Wettbewerbs Möglichkeiten für leistungslosen Erfolg. Auch wenn dies keine Zwangsläufigkeit darstellt und Ausnahmen wie immer die Regel bestätigen, wird der steigende, auf den Professuren lastende Wettbewerbsdruck doch regelmäßig (zumindest teilweise) nach »unten« weitergereicht.

Nach außen unsichtbare Arbeit von nicht-professoralen Wissenschaftler_innen verschafft Professor_innen zum Beispiel Anträge für Drittmittel, die sie häufig nicht selbst geschrieben haben, aber unter ihrem Namen einreichen, da dies bei vielen Institutionen unterhalb der Professur nicht möglich oder nicht aussichtsreich ist. Und je bekannter ein Name, desto größer die Dividenden unterschiedlichster Gestalt, die allein dafür ausgeschüttet werden, den Namen für ein Projekt/Buch/Kapitel zur Verfügung gestellt zu haben. Das ist leistungsloser Erfolg par excellence. Über die Refeudalisierung der Werte heißt es bei Neckel: »Die Sucht nach Erfolg, vermessen in reinen Geld- und Statusbegriffen, wurde [...] zur Subjektivierung einer Wettbewerbsgesellschaft, in der sich das Ranking auf vorderen Plätzen zu einer Art Privatreligion aufrichten konnte.« (Neckel 2010: 6) Obwohl dies für ein ganz anderes gesellschaftliches Setting formuliert ist, könnte die institutionell geförderte, geforderte und befeuerte Jagd nach Drittmitteln, Rankingplätzen und Zitationen und die damit verbundene Quantifizierung wissenschaftlicher Kreativität kaum besser beschrieben werden. Der alte universitäre Feudalismus mag in seinen konkreten Auswüchsen hierarchischer und in seinen von »Ordinarien« dominierten Strukturen exklusiver gewesen sein als das gegenwärtige Hochschulsystem, der Neo-Feudalismus aber begründet einen for-

cierten Statuswettbewerb der Professor_innen, dessen Kosten durch die praktische Indienstnahme der »abhängig Beschäftigten« – zumindest in Teilen – externalisiert werden. Parallel zu dieser Kostenabwälzung ist die Praxis weit verbreitet, wenig prestige- und erfolgsträchtige Korrektur- und Betreuungsaufgaben im Lehrbetrieb auf unterschiedlichste Weisen – mehr oder weniger sichtbar, mehr oder weniger offiziell, mehr oder weniger entlohnt – an die Beschäftigten des Mittelbaus weiterzureichen.

In Zeiten, da auf eine stetig wachsende Zahl Beschäftigter im Post-Doc-Status eine weitgehend stabile bzw. nur leicht steigende Anzahl etatisierter Professuren kommt, funktioniert der Flaschenhals der Berufung im »The winner takes it all«-Modus (vgl. Rogge 2015). Auch das ist ein Kennzeichen neo-feudaler Privilegierung: Während das Betreiben von Wissenschaft für die einen ein existenzielles Risiko darstellt, hat die privilegierte Professor_innenklasse nicht nur dieses Risiko hinter sich gelassen, sondern kann in den ständischen Universitätsstrukturen auch die Bedingungen ihres Erfolgs wesentlich ohne Intervention von Studierenden oder nicht professoralen Kolleg_innen bestimmen. Um nicht missverstanden zu werden: Es geht uns nicht darum, die sich stetig weiter öffnende soziale Schere an den Hochschulen durch ein »Down-Grading«, das heißt durch eine Prekarisierung der Professuren zu schließen (wie sie ja mit der zunehmenden Befristung von W2-Professuren bereits ihren Anfang nimmt) – ganz im Gegenteil: Wir sind der Überzeugung, dass für eine *Entprekarisierung* wissenschaftlichen Arbeitens auf allen Ebenen und in all ihren Facetten die *Entfeudalisierung* der universitären Strukturen erforderlich ist, womit auch einige ständische Privilegien der Professor_innen fallen müssen. Dafür gibt es Modelle und Beispiele in den vielen Ländern, in denen der »Sonderweg des Ordinariats« (Bunia 2016) nicht den universitären Alltag prägt, etwa in den sonst so gerne als Vorbild gepriesenen USA.

Wenn es keine alltägliche Lösungsstrategie mehr ist, einen Teil des Wettbewerbsdrucks auf diejenigen abzuwälzen, die sich aufgrund unsicherer Beschäftigungsverhältnisse und Zukunftsperspektiven nur schwer entziehen können, steht zu hoffen, dass die Kritik derjenigen, die in ihrer privilegierten Position als verbeamtete Professor_innen wesentlich freier agieren können, lauter, radikaler und praktischer wird. Bisher sind es häufig gerade die prekären wissenschaftlichen Laufbahnen und Karrierepfade (die ja fast alle durchlaufen haben), die die feudalen Privilegien absichern, weil diese als legitime Entschädigung für Jahre der Abhängigkeit, Unsicherheit und Ausbeutung betrachtet und deshalb nicht leicht wieder preisgegeben werden.

Wie soll es weitergehen? Was sofort bzw. innerhalb der nächsten fünf Jahre passieren kann

Mit diesen beiden analytischen Perspektiven auf den Wissenschaftsbetrieb zeigt sich, dass die Ansatzpunkte für eine radikale Umgestaltung des Hochschulsystems auf sehr unterschiedlichen Ebenen liegen: Einerseits ist die Abhängigkeit und Ausbeutung des Mittelbaus strukturell bedingt und damit auch nur durch eine grundlegend andere Finanzierungsstruktur sowie die Abschaffung des Lehrstuhl- oder Arbeitsbereichs- zugunsten eines Departmentprinzips zu überwinden; andererseits verleihen die ständischen Privilegien der Professor_innen im akademischen Neo-Feudalismus diesen aber auch eine konkrete, unmittelbare Verantwortung und beträchtliche Handlungsmöglichkeiten. So richtig es ist, strukturelle Probleme nicht zu individualisieren und zu einer Frage der Eigenverantwortung einzelner (mit Vorliebe auch der Beschäftigten des Mittelbaus) zu machen, so wichtig ist es, die für das akademische System relevante Umkehrung im Blick zu behalten: Wenn Professor_innen ihre Handlungsspielräume kleinreden, auf die problematischen Strukturen und den alles dominierenden akademischen Kapitalismus verweisen, dann tragen sie bei aller Berechtigung dieser Kritik doch wesentlich zu einem Verbalradikalismus bei, während sie im konkreten Arbeitsprozess häufig die ständischen Dividenden einfahren und das kritisierte System konformistisch reproduzieren. Anders als in der Diagnose Boltanskis und Chiapellos geht es hier weniger um die Vereinnahmung von Kritik durch das kritisierte (in diesem Fall Hochschul-)System, sondern um Kritik als unverzichtbares Element einer akademisch-gefälligen Selbstdarstellung als reflexive_r Wissenschaftler_in, die zu keinem Zeitpunkt darauf zielt, sich zu materialisieren bzw. an den kritisierten Strukturen tatsächlich etwas zu ändern.

Wie könnte dieses reibungslose Nebeneinander von Kritikproduktion und Systemreproduktion kurzfristig gestört und unterbrochen werden? Was ist bereits innerhalb der nächsten Jahre realisierbar, ohne dass ein einziges Gesetz geändert werden muss?

- Mitarbeiter_innenstellen sind im gegebenen System zwar formal einzelnen Professuren zugeordnet, innerhalb der Institute kann aber mit der sukzessiven Überführung von persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen in kollektiv organisierte Institutsstrukturen begonnen werden – in einigen kleineren Instituten wird Ähnliches bereits praktiziert. Auf Institutsebene wird ein Kodex guter wissenschaftlicher Arbeit verab-

schiedet, der die Maßgaben für die konkreten Beschäftigungsbedingungen im akademischen Mittelbau regelt und die Grundlage für gleichwertige Arbeitsbedingungen im ganzen Institut darstellt. In jedem Institut existiert eine Interessenvertretung der Mitarbeiter_innen, und es wird eine Ombudsstelle für Beschwerden eingerichtet.

- Die Einführung einer Drittel- bzw. Viertelparität in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung wird vorbereitet, indem Handlungsspielräume im Institutsalltag ausgeschöpft werden, um die formal vorgeschriebene Professor_innenmehrheit durch Konsultationen, Zusatzgremien und kreative Alltagslösungen faktisch zu durchkreuzen. Auf diese Weise kann aus der alltäglichen Praxis heraus die Demokratisierung der ständischen Strukturen in Angriff genommen werden.
- Es erfolgt eine kollektive Mittelverwaltung im Institut, und innerhalb der professoralen Arbeitsbereiche wird Transparenz über Berufungs- und Lehrstuhlmittel bzw. Dispositionsfonds hergestellt; die Zeiten sind vorbei, da Mitarbeiter_innen auf halben Stellen Konferenzreisen aus eigenen Mitteln finanzieren, während Professor_innen über Berufungsmittel im fünfstelligen Bereich verfügen.
- Es werden *keine* unsichtbaren Arbeiten an Mitarbeiter_innen des Mittelbaus übertragen, die diese im Namen bzw. unter dem Namen ihrer Vorgesetzten ausführen. Dies umfasst das Korrigieren von Klausuren, das Schreiben von »Vorgutachten« für Abschlussarbeiten, das Verfassen von Artikeln, deren Erstautor_innenschaft vom Professor/der Professorin beansprucht wird und vieles mehr.
- Institute lehnen die Einrichtung von befristeten Hochdeputatsstellen in der Lehre ab (auch das wird an einigen Orten bereits erfolgreich praktiziert).
- *Postwachstum in der Wissenschaft I*: Wer Forschungsergebnisse publiziert, vermeidet Pseudo-Autor_innenschaften sowie die mehrfache Wiederverwertung von Artikeln und Beiträgen und beschränkt sich stattdessen auf wenige, aussagekräftige Publikationen. Statt immer mehr zu publizieren, um etwaige Kennziffern zu erfüllen oder Hirsch-Indizes zu steigern, werden endlich wieder die – damit ja weniger werdenden – Artikel der Kolleg_innen gelesen. So wird eine tatsächliche Basis für kollektive Wissensproduktionen und Debatten geschaffen, während kollektives Forschen gegenwärtig in vielen strukturierten Förderformaten eher simuliert als praktiziert wird.

- *Postwachstum in der Wissenschaft II*: Die Beteiligung an Drittmittelwettbewerben wird radikal eingeschränkt, besonders dort, wo die Chancen für kleine und mittlere Standorte erkennbar schlecht sind und man nur erwartbare Gewinner bestätigt. Dazu gehört auch, die Exzellenzinitiative nicht nur hinter vorgehaltener Hand zu kritisieren, wie es fast allerorten geschieht (vgl. Hörisch 2016), sondern Position zu beziehen gegen die vertikale Differenzierung des Hochschulsystems (vgl. van Dyk, Möller, Reitz 2016). In solchen Fällen liegen die Interessenkonflikte allerdings auf der Hand. Während die Professor_innen nur auf Projekte verzichten, die ihr Prestige erhöhen, sich aber in der Masse kaum mehr sinnvoll betreuen lassen, stehen für befristete Mitarbeitende mögliche Stellen auf dem Spiel. Im Einzelfall lassen sich hier sinnvolle Lösungen finden – generell wird aber deutlich, dass das projektbasierte Feudalsystem nur schlechte Handlungsalternativen lässt.

Nachbemerkung: In vielen Kontexten haben sich Mittelbau-Initiativen gegründet, die sich inzwischen auch untereinander vernetzen. Sie sollten damit nicht alleine bleiben. Wer an der Gründung eines Arbeitskreises zur Entfeudalisierung der Professur interessiert ist, in dem zum Beispiel Erfahrungen mit der Demokratisierung von Instituten ausgetauscht und gemeinsame Aktionen angebahnt werden könnten, kann sich gern bei uns melden.

Literatur

- Bérubé, M., Ruth, J. 2015: *The Humanities, Higher Education, and Academic Freedom: Three Necessary Arguments*. New York: Palgrave MacMillan.
- Boltanski, L., Chiapello, È. 2006: *Der neue Geist des Kapitalismus*, Konstanz: UVK.
- Bunia, R. 2016: Hochschulreform: Der Sonderweg des Ordinariats. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. Mai 2016.
- BuWiN 2013: *Bundesbericht zur Situation des wissenschaftlichen Nachwuchses*, Bielefeld.
- Henning, C. 2010: *Limits of Fulfilment in an Age of Flexibility. Changes in Management Semantics and the Critique of Capitalism*. In Ch. Azaïs (Hg.), *Labour and Employment in a Globalising World. Autonomy, Collectives and Political Dilemmas*. Brüssel: Peter Lang, 185–204.
- Hörisch, J. 2016: Exzellenzinitiative: Privat ein Laster, öffentlich eine Tugend. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29. Mai 2016.
- IEKE – Internationale Expertenkommission zur Evaluation der Exzellenzinitiative 2016: *Endbericht*, Berlin.

- Neckel, S. 2008: *Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft*, Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Neckel, S. 2010: *Refeudalisierung der Ökonomie. Zum Strukturwandel kapitalistischen Wirtschaftens*. MPIfG Working Paper Nr. 6.
- Neckel, S. 2013: »Refeudalisierung« – Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse. *Leviathan*, 41. Jg., Heft 1, 39–56.
- OECD 2013: *Education at a Glance 2013*. Paris: OECD.
- Reitz, T., Ullrich, P. 2016: *Soziale Öffnung und Demokratisierung von Lehre und Forschung. Diskussionsvorschlag für eine hochschulpolitische Offensive der Linken*, www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_13-2016.pdf, letzter Aufruf 15. November 2016.
- Royal Society 2011: *Knowledge, Networks and Nations: Global Scientific Collaboration in the 21st Century*. London: Royal Society.
- Schulze-Cleven, T., Olson, J. 2017: *Worlds of Higher Education Transformed? Towards Varieties of Academic Capitalism*. *Higher Education*. Special Issue: *The New Political Economy of Higher Education*.
- Rogge, J.-C. 2015: *The winner takes it all? Die Zukunftsperspektiven des wissenschaftlichen Mittelbaus auf dem akademischen Quasi-Markt*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 67. Jg., Heft 4, 685–707.
- Statistisches Bundesamt 2013: *Bildung und Kultur: Finanzen der Hochschulen 2011*, Fachserie 11, Reihe 4.5, www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/FinanzenHochschulen2110450117004.pdf?__blob=publicationFile, letzter Aufruf 15. November 2016.
- Statistisches Bundesamt 2015: *Bildung und Kultur: Finanzen der Hochschulen 2013*, Fachserie 11, Reihe 4.5, www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/BildungKulturFinanzen/FinanzenHochschulen2110450137004.pdf?__blob=publicationFile, letzter Aufruf 15. November 2016.
- van Dyk, S. 2010: *Grenzüberschreitung als Norm? Zur »Vereinnahmung« von Gegenstrategien im Kapitalismus und den Konsequenzen für eine Soziologie des Widerständigen*. In K. Becker, L. Gertenbach, H. Laux, T. Reitz (Hg.), *Grenzverschiebungen des Kapitalismus. Umkämpfte Räume und Orte des Widerstands*. Frankfurt am Main, New York: Campus, 33–54.
- van Dyk, S., Möller, C., Reitz, T. 2016: *Vertikale Differenzierung. Wissensentwertung durch Statuswettbewerb*. *Forschung & Lehre*, 23. Jg., Heft 5, 388–389.
- Wissenschaftsrat 2013a: *Basisdaten Hochschulen / Forschungseinrichtungen in Deutschland*. Bonn.
- Wissenschaftsrat 2013b: *Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems* (Drs. 3228-13), www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/3228-13.pdf, letzter Aufruf 29. September 2016.